#SÜDWEST 20. März 2019

Treffen mit Vertretern des Verkehrsministeriums

Nachdem die EVG in Rheinland-Pfalz letztes Jahr in ihrer „Mainzer Erklärung“ mehr Engagement für mehr Sicherheit in Bus und Bahn forderte, konnten jetzt bei einem Treffen im Verkehrsministerium dazu erste Vereinbarungen getroffen werden.

Die Einschätzung des Ministeriums zum Thema Gewalt im öffentlichen Raum, insbesondere im Personennahverkehr, deckt sich mit der der EVG. Allerdings gibt es weiterhin keine einheitliche Datenlage zu Übergriffen auf Beschäftigte bei Bus und Bahn.

Die Vertreter des Verkehrsministeriums halten die Forderung der EVG, eine landesweite, zentrale Datenbank aufzubauen, für umsetzbar und wollen das Thema mit den verantwortlichen Zweckverbänden besprechen. So ließen sich beispielsweise Risikostrecken identifizieren.